

# Stahl und Beton contra Vergangenheit

Fast 65 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges sind die Wunden in deutschen Städten noch erkennbar

**Geschichte gibt Identität, das empfinden immer mehr Bürger und setzen sich daher für eine Rekonstruktion von im Zweiten Weltkrieg zerstörten Stadtteilen ein. Doch ihr Bestreben stößt bei Stadtplanern nicht immer auf offene Ohren. Ein zäher Kampf, Bürger gegen Stadtplaner, ist die Folge.**

Halle, wo einst der deutsche evangelische Theologe, Pädagoge und Kirchenlieddichter August Hermann Francke wirkte und 1698 die sozialen Franckeschen Stiftungen gründete, erhält einen architektonischen Blickfang. Im Sommer 2011 soll der Neubau der Bundeskulturstiftung bezugsfertig sein. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ nennt den drei Millionen Euro teuren, aus dem Konjunkturpaket II finanzierten Entwurf des Architektenbüros Dannheimer & Joos „kühn“ und „modern“, andere verspotten den von einem Metallgitter eingeschlossenen Glaskörper bereits als „Vogelkäfig“.

Manchen Bewohner der Stadt verstimmt es zudem, dass für den modernistischen Neubau ein 1685 errichtetes Wohnhaus des Armenviertels Glaucha, das einst den Prediger Francke zu seinem Engagement bewegte, abgerissen werden muss. Der Einwand, es handle sich um ein baufälliges Wohnhaus, das zudem nach Bombentreffern im Krieg in den 50er Jahren zur Hälfte wiederaufgebaut worden sei, es also nicht mehr im Original existiere, tröstet sie wenig. Angesichts des Leerstandes in der historischen Innenstadt könnte die Bundeskulturstiftung angemessene Räume finden, doch die Stadt will einen Neubau, allen voran der der Jury vorsitzende Architekt Peter Kulka, der für seinen Modernisierungseifer bekannt ist.

Auch in Berlin sorgt derzeit ein Architekt für Diskussionsstoff. Das Büro David Chipperfield hat im Auftrag der Senatsbaudirektorin Regula Lüscher Visionen für die historische Mitte der Hauptstadt präsentiert. In einem der fünf Entwürfe lässt er das Gelände im Herzen Berlins einfach fluten. Der City-Hafen, in dessen Mitte die alte Marienkirche auf einer Insel steht, konkurriert mit einem Aufmarsch-

Geschichte dieses Stadtteils befasen. „Unter dem Pflaster liegt die Stadt“ heißt die Ausstellung, die ihre Initiative im August 2010 in der Parochialkirche zeigte. Historische Fotos belegten, wie das Gelände, das heute Marx-Engels-Forum heißt und früher Marienviertel oder Heilig-Geist-Viertel genannt wurde, einst aussah. Aufnahmen aus den Jahren 1945 bis 1965 zeugten zudem davon, dass das

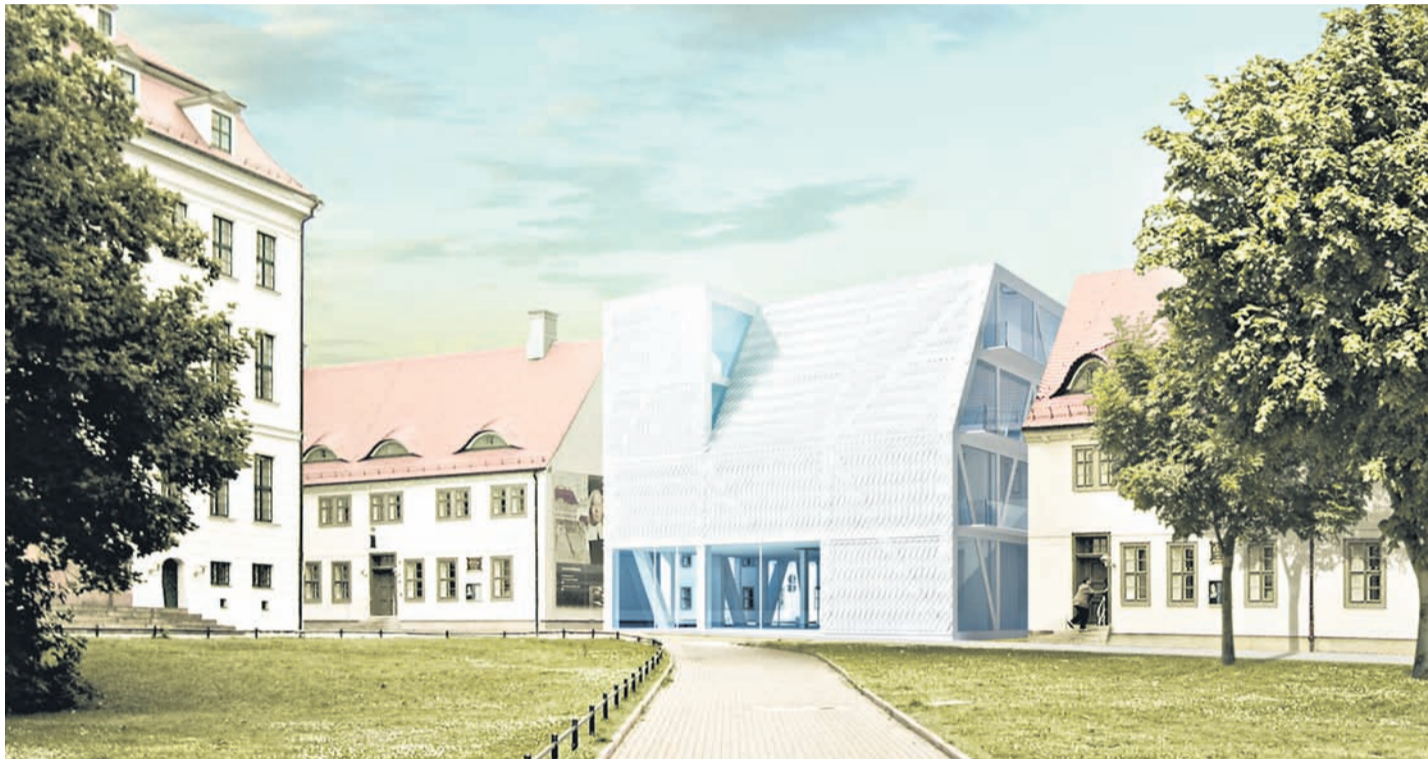
was erreichen will, einen langen Atem braucht. Mut macht ihr die Tatsache, dass Kulturstatssekretär André Schmitz sich für die Bebauung der historischen Mitte ausspricht und eine „Rückgewinnung der Keimzelle der Stadt, ihres eigentlichen Geburtsortes“ fordert. Schmitz dürfte sich zuvor mit Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit, der zugleich auch Kultursenator ist, abgestimmt ha-

In Frankfurt am Main ist man weiter. Nach einem zähen Kampf haben Bürgerinitiativen die Rekonstruktion von sieben historischen Fachwerkhäusern durchgesetzt. Hierbei handelt es sich jedoch um einen Kompromiss, denn die Bürger wollten weitere historische Gebäude wiederaufbauen und darin auch das Historische Museum unterbringen, doch für diesen Neubau hat die Stadt bereits einen Architektenwettbewerb ausgeschrieben. Mit vielen kleinen Finten versuchen die Stadtplaner, ein „zu viel an Altstadt“ zu verhindern.

Die Initiative „Mittelschön“ in Potsdam hat es da schon etwas leichter. Erstaunlicherweise findet sie mitten in der ehemaligen SED-Hochburg leichter Gehör als ihre Gleichgesinnten in Frankfurt. Und auch die Gesellschaft Historischer Neumarkt in Dresden kann Stück für Stück die Rekonstruktion durchsetzen. Zwar hat sie auch vom Wiederaufbau der Frauenkirche profitiert, doch bereits zu DDR-Zeiten 1955 hat der Kunsthistoriker Franz Löffler mit seinem Werk „Das alte Dresden“ die Vorarbeit geleistet, so dass bereits in der DDR 1983 mit dem Gedanken der Rekonstruktion gespielt wurde. Die Polen hatten in Warschau, Danzig und Stettin zuvor bewiesen, dass ein Wiederaufbau der durch den Zweiten Weltkrieg zerstörten Identität einer Stadt neues Leben einhauchen kann.

„Es ist nicht mehr aufzuhalten“, so der Sprecher der Dresdner Initiative, Torsten Kulke, über die Rekonstruktionsbestrebungen in vielen deutschen Städten. „Die Städte, die im internationalen Wettbewerb stehen, müssen eine eigene Identität haben. Und wer seine eigene Identität nicht kennt, findet sie vielleicht auf diesem Wege.“

Rebecca Bellano



**Hingucker? Der Erweiterungsbau der Bundeskulturstiftung in Halle auf dem historischen Gelände der Franckeschen Stiftung in Halle wird wegen seiner Metallgitterfassade bereits jetzt „Vogelkäfig“ genannt.**

Bild: Dannheimer & Joos

platz, einem archäologischen Grabungsfeld, einem Stadtpark und einer Amüsiermeile.

Jede andere Hauptstadt der Welt würde sich freuen, wenn sie eine so große Fläche direkt in der Innenstadt in die städtebauliche Planung einbringen könnte, doch in Berlin wird mit dem Gedanken gespielt, diese 14 Hektar zu fluten? Beate Schubert vom Verein Berliner Historische Mitte e.V. kommentiert die Entwürfe gegenüber der PAZ gar nicht erst, schließlich würden bereits genügend Berliner Medien diese glossieren. Bevor man allerdings Ideenwettbewerbe starte, solle man sich zuvor mit der

SED-Regime völlig intakte Häuser abreißen ließ, um einen Aufmarschplatz im Zentrum zu bekommen. „Als ob wir mittelalterliche Häuser wiederaufbauen wollten“, entgegnet Schubert die Unterstellungen ihrer Gegner. Sie wolle vor allem Vielfalt, das heißt Parzellierung. Allerdings befürwortete sie Bauauflagen, die die Historie berücksichtigen, aber ein originalgetreuer Wiederaufbau sei nicht das Ziel ihrer Initiative. Schubert hat sich in dem fast zwei Jahrzehnte andauernden Kampf für den Wiederaufbau des Stadtschlösses engagiert und weiß daher, dass, wer in städtebaulichen Fragen et-

ben. Da noch vor der nächsten Senatswahl im Sommer 2011 geklärt werden soll, was mit dem Gelände geschieht, wird 2010 das Thema historische Mitte öffentlich Wellen schlagen. Schubert hofft, durch Aufklärung über die Geschichte des Viertels, über das selbst Politiker wenig wissen, für ihre Sache begeistern zu können. Dass Architekten wie Chipperfield ihre „Duftmarken“ im Städtebau setzen wollen, sei zwar verständlich, doch die Tatsache, dass sie es als unter ihrer Würde empfinden, historische Vorgaben nur nachzubauen, dürfte die Stadtplaner eigentlich nicht interessieren, so Schubert.

Gedanken der Rekonstruktion gespielt wurde. Die Polen hatten in Warschau, Danzig und Stettin zuvor bewiesen, dass ein Wiederaufbau der durch den Zweiten Weltkrieg zerstörten Identität einer Stadt neues Leben einhauchen kann. „Es ist nicht mehr aufzuhalten“, so der Sprecher der Dresdner Initiative, Torsten Kulke, über die Rekonstruktionsbestrebungen in vielen deutschen Städten. „Die Städte, die im internationalen Wettbewerb stehen, müssen eine eigene Identität haben. Und wer seine eigene Identität nicht kennt, findet sie vielleicht auf diesem Wege.“

Rebecca Bellano

## MELDUNGEN

### Microsoft wollte »JF« zensieren

**Redmond/Hamburg** – Der US-amerikanische Softwarekonzern Microsoft hat versucht, die deutsche Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu zensieren. Instrument des vor wenigen Tagen gescheiterten Versuchs war die neue Internet-Suchmaschine „bing“, die der Konzern zu Jahresbeginn gegen Google ins Rennen schickte. In der deutschen Version von „bing“ wurde die Internetseite der „Jungen Freiheit“ durch elektronische Filter in den Ergebnislisten nicht angezeigt. Nach anhaltenden Leserprotesten lenkte Microsoft vor wenigen Tagen ein. Die Hintergründe der Aktion, die offenbar im Zusammenhang des „Kampfes gegen Rechts“ steht, sind unklar, ebenso die Frage, ob der Konzern auch weitere Institutionen in ähnlicher Weise „unsichtbar“ zu machen versucht. „JF“-Chefredakteur Dieter Stein begrüßte das Einlenken des Konzerns als „Erfolg für die Pressefreiheit in Deutschland“.

K.B.

### »Rausch-Richter« durchgefallen

**Berlin** – Mit umstrittenen Urteilen über ein angebliches „Recht auf Rausch“ und darüber, dass der Besitz von vier Kilogramm Haschisch eine „geringe Menge“ sei, wurde der frühere Richter Wolfgang Neskovic – damals SPD-Mitglied – bekannt. Trotz solcher Urteile avancierte er im Jahre 2001 mit Unterstützung der Grünen zum Bundesrichter, 2005 zog er dann für die Linke, seiner dritten Partei, in den Bundestag ein. Die entstandene ihn ausgerechnet in das Kontrollgremium für die Geheimdienste, wo er wieder eine umstrittene Rolle spielte. Selbst in Zusammenhang mit Durchstechereien aus dem streng geheim tagenden Gremium wurde er genannt. Nun ist der Sohn eines serbischen Maurers im Bundestag bei der erneuten Kandidatur für dieses Gremium durchgefallen.

K.B.

Russki-Deutsch (48):

## Propusk

Von WOLF OSCHLIES

Selbst liebedienereichste Sowjetanbeter wie der deutsche Schriftsteller (und tschechische Diplomat) Franz Carl Weiskopf (1900–1955) wandelte die Ver zweiflung an, wenn sie auf sowjetische Bürokratie zu sprechen kamen. Als deren Wahrzeichen empfanden sie den „Propusk“, den Passierschein, den Weiskopf – politisch ein Dussel, aber schriftstellerisch ein Talent – brillant charakterisierte. Er hatte bei Moskauer Kindern ein neues Spiel „Propusk“ beobachtet, „entschieden das schönste von allen“. Und so geht es: „Man suche sich eine enge Gasse aus, oder ein Haustor, nehme ein Strick, sperre mit ihm die Gasse ab und warte, bis irgendjemand daherkommt. Dann stürze man sich dem Ahnungslosen entgegen mit der Frage: Ihr Propusk, Bürger?“

Weiskopf ließ sich nicht erpressen: „Ich zeigte den Passierschein vor, den ich soeben vom Hauswart gegen Vorweisung eines Dutzends verschiedener Legitimationen und Dokumente erhalten habe.“ Ohne Propusk – von dem Verb propustij (durchlassen) – war in der Sowjetunion 70 Jahre lang kein Schritt möglich. Vor jedem Amt, Hotel und Institut saßen „Ochra-

niki“, bewaffnete Wachen, die den Propusk sehen wollten, auch von Angestellten, die sie seit Jahren kannten. Auch das postkommunistische Russland hat von dieser Unsitte nicht abgelassen, wie 2002 eine deutsche Studentin erfuhr: „Ohne Papier ist man in Russland ein Käfer – heißt ein russisches Sprichwort: Ohne Dokument kein Mensch. Letztlich war ich wieder einmal so ein Käfer. Ich hatte nämlich keinen Propusk. In die allermeisten Bürogebäude kommt man nur mit dem Propusk hinein.“

Nach dem Krieg lernten auch die Deutschen der Sowjetischen Besatzungszone den Propusk kennen: „Wir schliefen wieder ein. Wachten auf, weil der Lastzug anhält. Russische Stimmen; Paschol, Propusk“, heißt es in Georg Lentz' Roman „Molle mit Korn“. Los, den Propusk her! So etwas hört man seit langem nicht mehr, denn zahllose Touristen haben die Propusk-Front aufgeweicht, aber ganz verschwinden wird er nie. Die erwähnte Studentin wusste warum: Der Propusk ist natürlich überflüssig, aber an ihm hängen die Jobs ungezählter „ochraniki“, die ohne ihn arbeitslos wären. Was sie und andere nicht wollen.

## Nachgeben an der falschen Stelle

Die Kultusminister haben beschlossen, die Hochschulreform von Bologna zu reformieren

Im Juni 1999 haben sich 31 europäische Staaten in der gemeinsamen Erklärung von Bologna unter dem Titel „Der gemeinsame europäische Hochschulraum“ verpflichtet, bis zum Jahr 2010 vergleichbare Studienabschlüsse in Europa zu schaffen. Im Kern ging es dabei um die Einführung eines „gestuften“ Studiensystems mit den Abschlüssen Bachelor und Master.

In einem auf drei Jahre angelegten Studium bis zum Bachelor sollen eine Qualifikation erreicht und die Grundlagen für das weiterführende Studium zum Master gelegt werden. Im Anschluss an die jeweiligen Lehrveranstaltungen findet eine Erfolgskontrolle statt („Credits points“). Tatsächlich sind in den Universitäten und Fachhochschulen bereits eine Reihe von Diplom- oder Staatsexamen-Studiengängen entsprechend angepasst worden. Überlange Studienzeiten von zwölf Semestern und mehr, das hohe Durchschnittsalter beim Studienabschluss von 28 Jahren und eine hohe Abbrecherquote von bis zu 30 Prozent in einigen Fächern

waren die Gründe für diese Reform. Sie war nicht nur an die Adresse der Studierenden gerichtet, die in dieser Zeit ein bestimmtes Pensum erarbeiten müssen, sondern vor allem an die Professoren, den Stoff so zu gestalten, dass er in dieser Zeit studierbar ist. Dass dies in vielen Fächern möglich ist, beweist das gesamte Ausland. Manche Hochschullehrer und viele Studierende sowie politisch Verantwortliche haben offenbar immer noch nicht begriffen, dass die Massenhochschule ein anderes Ausbildungssystem verlangt als die auf kleinere Zahlen ausgerichtete Universität der Vergangenheit. Innerhalb von 50 Jahren ist der Anteil der Studenten an der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe von drei auf über 35 Prozent gestiegen, in absoluten Zahlen von 300.000 auf etwa zwei Millionen. Dieses Volumen nach dem gleichen Schema bewältigen zu wollen kann nicht funktionieren. Überlange Studienzeiten und hohe Abbrecherquoten waren die Folgen.

Inzwischen ist das Pendel in die andere Richtung ausgeschla-

gen. Die zum Teil berechtigten Klagen der Studenten über Stofffülle, zu viele Prüfungen und damit ein – jedenfalls nach sechs Semestern – nicht zu bewältigendes Bachelor-Examen haben ein klar gemacht:

Dort, wo man nicht konsequent nur soviel in die Studienpläne hineingenommen hat, wie auch bewältigt werden kann, sind sie überfrachtet. Die Ursachen dafür sind vor Jahrzehnten gelegt worden. Im Zuge der ersten großen Reformwelle an den Universitäten in den 1970er Jahren wurde eine große Zahl neuer Stellen für Professoren geschaffen. Zusätzlich gab es so genannte Überleitungen derart, dass Nachwuchswissenschaftler in einigen Ländern ohne förmliches Berufungsverfahren, Professuren erhielten. Oft kam es dabei zu einer Aufspaltung von Fächern. Wegen der Teilhabe an den zu verteilenden Mitteln erfolgte die Verankerung der dabei neu definierten Fächer in den Prüfungsordnungen.

Die Kultusminister haben jetzt die Notbremse gezogen. Stofffülle und Prüfungen sollen begrenzt werden. Die Rede ist davon, dass

der Zeitrahmen einschließlich des Selbststudiums 32 bis 39 Stunden pro Woche betragen soll. Außerdem wird die Zahl der Prüfungen sinken: Eine Lehreinheit, „Modul“ genannt, soll nur noch mit einer Prüfung abgeschlossen werden.

Die Proteste der Studenten und das teilweise begründete Verständnis dafür führen allerdings auch zu einem Nachgeben an der falschen Stelle. Man wird die Studienzeiten verlängern, anstatt den Stoff zu reduzieren, mit der Folge, dass die Studiendauer wieder zunimmt und das Durchschnittsalter der Absolventen steigt. Sollte es darüber hinaus dazu kommen, dass die Schleuse zum Master geöffnet wird, haben wir bald wieder die alten Verhältnisse.

George Turner

Der Autor ist emeritierter Professor für Wirtschaftsrecht. Er war Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz und Wissenschaftssenator des Landes Berlin.



Anteil der Studenten von drei auf 35 Prozent gestiegen